

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptpostamts und des Volksschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden beiderseits bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Verlagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfach Nr. 64 Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungswort: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druckpreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verantwortlicher: Kurt Bischofswerda Nr. 644 und 645. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 40 mm breite einseitige Zeile 8 Pf. Im Text die 90 mm breite Zeile 25 Pf. Nach dem gebräuchlich vorgeschriebenen Satze. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 186

Sonntag, den 11. August 1934

89. Jahrgang

## Tageschau.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat den zuständigen Stellen einen Entwurf vorgelegt, in dem sie ein grundsätzliches Verbot von Sammelreisen ins Saargebiet anspricht. Das von der Volksabstimmungskommission im Saargebiet vorbereitete Gesetz des Deutschen Sängerbundes ist nunmehr nach Trier verlegt worden.

Der polnische Gesandte in Budapest hat dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös die offizielle Einladung nach Warschau überreicht. Gömbös wird sich im September nach der polnischen Hauptstadt begeben.

Nach einem Bericht des Pariser Vertreters der Times erwartet die französische Regierung baldigst eine Mitteilung der polnischen Regierung über ihre Haltung gegenüber einem Sicherheitspakt in Ostropa.

Bei der Ankunft von 25 sowjetrussischen Leichtathleten auf dem Pariser Nordbahnhof kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei, die gegen kommunistische Kundgebungen einsteppt.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune rechnet man wegen der Verhaftung der Silberorde in Amerika mit der baldigen Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung der Währungsstabilisierung.

7 Ausführliches an anderer Stelle.

## Wohin geht Oesterreich?

Die Oesterreichische Frage ist ein europäisches Problem überhaupt nur durch jene Regierungskünste geworden, die von östlichen Belangen beeinflusst, jedes Sicherheitsventil verstopfen und dadurch Explosionen fast naturgemäß hervorrufen mußten. Nach dem Tode des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß ist nicht Starhemberg, wie dessen Heimwehren verlangen und wofür sie beinahe erneut gepufft hätten, Bundeskanzler geworden. Dazu kann man das Oesterreichische Volk nur beglückwünschen, denn die letzte Rede des Fürsten Starhemberg war im Ton nicht nur völlig vergriffen, sondern Starhemberg, dessen Heimwehren geradezu der Schrecken Oesterreichs geworden sind, erlaubte sich von Baracken zu sprechen, die aus dem Reich käme. Wenn eines heimatlich ist, dann bleibt es die Art und Weise, in der die Heimwehr-Söldlinge Oesterreich matrikulieren, weil Fürst Starhemberg gerne auf das Land blickt, in dem die Zitronen, aber nicht immer die wohlhabendsten Worte blühen.

Der Bundeskanzler Dr. Schuschnigg war nach Ungarn gereist. Er hat dort der Aufführung der „Tragödie des Menschen“ von Rabach beigewohnt, und er möchte an die Tragödie des Oesterreichischen Menschen denken, den Dollfuß erfand und der nicht einmal ein Jodelpaß der Natur ist, sondern ein in der Retorte zusammenbestillter Homunkulus. Der Vertreter der Oesterreichischen Wehrmacht an den Trauerfeierlichkeiten für unseren Hindenburg, Generaloberst F. F. Schönburg-Hartenstein, hat in einer Unterredung mit einem deutschen Schriftsteller sich als guter Deutscher vorzüglich und warmherzig über das deutsch-Oesterreichische Verhältnis ausgesprochen; er hat sich besonders darüber geäußert, daß Herr von Wapen nach Wien gesandt wurde, er anerkannte die großen Leistungen Adolf Hitlers und sein Bemühen, den Konflikt zweier Brüderländer beizulegen, denn, sagte der General: „Wir Deutschen Oesterreichs werden nie und nimmer unsere gesamtdeutsche Mission vergessen, niemals werden wir unser Schicksal in nichtdeutsche Hände legen.“ War aber nicht eine der Brunnenkammern der Unglücksstut in Oesterreich das Bestreben gewisser Regierungsmittelglieder, nichtdeutschen Händen einen allzu großen Wirkungsbereich in Oesterreich zu geben? Fürst Starhemberg hat sich mehr als einmal Besorgungen aus Italien geholt, und es wäre wirklich der Beginn einer Entspannung, wenn die Wiener Regierungsmänner nicht nur in diese Richtung und nicht nur allein auf Oesterreich blickten würden.

Fürst Schönburg-Hartenstein hat den jetzigen Bundeskanzler als aufrichtigen, der Gesamtmission bewußten Deutschen hingestellt. Schuschnigg gab aber jetzt Grundzüge eines Regierungsprogramms, das doch noch sehr befangen von den alten verhängnisvollen Vorstellungen ist. Das Programm eines autoritär geführten Staates ist geblieben, es taucht auch wieder die Wendung auf, die Autorität solle nicht von oben für Blinde beschaffen werden, sondern aus dem Volke entspringen. Soll das bedeuten, daß endlich Schuschnigg das Oesterreichische Volk zur Wahl aufrufen will? Denn es gibt nur einen Weg, um Willen und Meinung des Volkes zu erlernen, und nur eine Art, einer Regierung die nötige Autorität zu verleihen, nämlich die Volksbefragung! Was in Deutschland selbstverständlich ist, in Italien angewandt wird, hat die Regierung Dollfuß nicht tun wollen, und es war merkwürdig, daß gerade italienische Blätter immer wieder

eine Volksbefragung für unrichtig hielten. Aber ohne solchen Willensausdruck des Volkes bliebe auch die Regierung Schuschnigg nicht eine Regierung durch das Volk, sondern eine Regierung, geboren aus dem Ruhhandel einiger Nachhahler ohne Rücksicht auf das Volk selbst.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat in dem Bemühen, vor allem nicht bei den römischen Freunden anzukommen, eine merkwürdige Äußerung getan. Er hat gemeint, es könne in Oesterreich niemals eine nationale Frage in kulturellem, sondern nur im engeren politischen Sinne geben. Wenn die italienische Nachrichtenagentur diese Äußerung richtig wiedergegeben hat, dann besagt sie, daß Schuschnigg die Volkheit selbst nicht als Grundlage für eine Regierung ansieht, denn eine Volkheit umfaßt alle kulturellen und wirtschaftlichen und politischen Komplexe; sie ist ebenso wenig zu zerlegen wie man dem Deutsch-Oesterreich nur eine politische Funktion unter Vernachlässigung seiner deutsch-kulturellen Funktionen, die doch allerdings sichtbar sind, zuweisen könnte. Denn volkstümliche Politik erwächst auf der Volkskultur. Hier hat Dr. Schuschnigg auf Kosten der Logik der alten Volkstümlichen Theorie eine Konzession gemacht, die ins Nebelland führen könnte.

Bei seinem Besuch in Budapest hat der Bundeskanzler auch Gelegenheit gehabt, die Auffassungen der Budapest Regierung über die Frage der Restauration der Habsburger zu vernehmen. Die ungarische Regierung treibt eine kühle Wirklichkeitspolitik; ihr Verhältnis zu Deutschland ist nach wie vor gut und durch keinerlei Hege beeinflusst worden.

Die ungarische Presse hat sich durchweg bemüht, die deutschen Verhältnisse sachlich zu beurteilen, und sie ist für eine deutsch-Oesterreichische Entspannung eingetreten. Die Budapest politische Kreise haben bisher jedes habsburgische Experiment mit Fug und Recht abgelehnt und sich auch der in der letzten Zeit verstärkten Agitation der Legitimisten gegenüber eisig verhalten. Man weiß, daß Dr. Schuschnigg überzeugter Legitimist ist, aber was für Ungarn gilt, gilt noch mehr für Oesterreich; eine Restauration der Habsburger würde Konflikte schaffen, die nicht nur die Gegenläufer in Oesterreich selbst verletzen würden, sondern auch außerhalb der Oesterreichischen Grenze aufflammen, denn die Nachfolgestaaten der ehemaligen k. u. k. Monarchie sehen in der habsburgischen Idee die Verneinung ihrer staatlichen Befähigung.

Prag, 10. August. Die tschechoslowakische Presse nimmt zu den Meldungen über die Restauration der Habsburger Stellung. Die Blätter erinnern daran, daß die Kleine Entente ihren Standpunkt in der Frage der Restauration der Habsburger nicht geändert habe. Telle Sloss sagt, die Rückkehr der Habsburger auf den Oesterreichischen Thron wäre für die Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien ein Kriegsgrund. Sie würde jedenfalls mit sofortiger Übermacht beantwortet werden wie seinerzeit die Rückkehr König Karls nach Ungarn.

Das Blatt El Zeit behauptet, daß der spanische Erzkönig nach Südslawien gefahren sei, um bei dem südslawischen Herrscher für die Habsburger Stimmung zu machen.

## Staatssekretär Reinhard appelliert an die Steuerzahler

Liste der Säumigen wird veröffentlicht.

RDZ, Berlin, 11. August. (Fig. Funfmeiße.) Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhard, veröffentlicht einen Appell zur pünktlichen Entrichtung aller Steuern. Die Einstellung des einzelnen Volksgenossen zum Staat, so führt der Staatssekretär in der „Deutschen Steuerzeitung“ aus, finde ihren Ausdruck in dem Grad des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsbewußtseins gegenüber dem Staat. Eine der wesentlichsten Pflichten beruhe darin, dem Staat die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zu geben. Der Grad des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsbewußtseins des Einzelnen gegenüber dem Staat bestimme sich infolgedessen im wesentlichen nach seiner Ehrlichkeit bei der Abgabe von Steuererklärungen und nach der Pünktlichkeit bei der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen. Diese beiden Eigenschaften stellen die Grundlage wahrer Treue zum Staat und damit zur Volksgemeinschaft dar. Je stärker diese Eigenschaften sich ausprägen, um so größer gestalte sich das Maß, um das die Steuerlast gemildert werden könne und um so stärker seien infolgedessen die Voraussetzungen für eine durchgreifende Beseitigung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes. Mangel an Ehrlichkeit und Pünktlichkeit in der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen bedeute Mangel an Treue zum Staat und zur Volksgemeinschaft. Um diesen Mangel aus dem Kreis unserer Volksgenossen möglichst auszuschließen und gleichzeitig die Kraft des Staates zur Erfüllung seiner Aufgaben zu stärken, kündigt Staatssekretär Reinhard an, daß in Zukunft eine Liste der säumigen Steuerzahler ausgestellt werden wird, und zwar erstmalig im Frühjahr 1935 für das Jahr 1935.

In die Liste der säumigen Steuerzahler wird aufgenommen, wer am 1. Januar 1935 mit Steuerzahlungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1935 rückständig ist oder es im Jahre 1935 hinsichtlich einer Zahlung oder Vorauszahlung zu einer zweimaligen Mahnung kommen läßt. Der Staatssekretär betont, daß es deshalb im Interesse eines jeden Steuerpflichtigen liege, die vorhandenen Steuerrückstände sobald wie möglich, spätestens Ende Dezember 1934, restlos zu beseitigen und ab Januar 1935 die einzelnen Steuerzahlungen stets pünktlich zu entrichten.

## Wallfahrt zum Grabe Hindenburgs.

dnb. Hohenstein, 10. August. Der starke Zustrom zum Lannenberg-Nationaldenkmal hält ununterbrochen an. Ein ungewöhnlich starker Autoverkehr bringt ebenso wie die Reichsbahn immer neue Tausende nach Hohenstein, und vom frühen Morgen bis zur Dämmerung stehen die Menschen vor dem Eingangstor, um einzeln ins Denkmal hineingelassen zu werden und am Sarge Hindenburgs vorbeizugehen. Eine selbstverständliche Disziplin regiert die Gebuld der Wartenden und läßt sie die Häupter beim Betreten des Denkmals entblößen. Tiefe Stille herrscht im Innenhofe. Die Du-

gelderbergen aus dem Denkmalssturm, die Verkaufsstände aus dem Eingangsturm sind verschunden. Kein Händler darf den äußeren Denkmalsplatz betreten und die ehrfürchtvoll Wartenden stören. Ein Kommando von 28 Gendarmen übermacht den Denkmalsbesuch; vier Gendarmen halten die Nachtwache. Die Besucher werden am Hindenburg-Turm vorbei zum Ausgangsturm geleitet. Aus dem sauber ausgestraumten Ehrenhofe leuchtet die Farbenpracht der zahlreichen Kränze. Die Kranzschleifen sollen später im Fahnensturm aufbewahrt werden. An jedem Morgen werden an den hohen Masten vor dem Denkmal zwei Kriegs- und beide Reichsflaggen hochgezogen, die Wache tritt an, zwei Landjäger stehen neben dem Hindenburgsturm, zwei Posten nehmen neben der offenen Tür zur Hindenburg-Grabstätte Aufstellung. Die Offiziersehrenwache am Sarge ist durch Unteroffizierswachen übernommen. An der Grabstätte wird diese Wache am Sarge abgelöst, der Posten präsentiert, die Landjäger salutieren. 14 Tage hindurch ist der Eintritt in das Denkmal frei. Täglich kommen u. a. auch viele Schulen her. Am Donnerstag weilten die beiden Töchter Hindenburgs, Frau von Penz und Frau von Brodhagen, mit zwei Entsetzkindern am Sarge ihres Vaters. Täglich wird die Begräbnisstätte im Hindenburgsturm mit achtauf tausend frischen Rosen bzw. Dahlien geschmückt.

## Hindenburgs Vermächtnis.

Kundgebung des Ruffhäuserbundes zur Volksabstimmung.

Dnb. Berlin, 10. August. Oberst a. D. Reinhard, der Bundesführer des Deutschen Reichstriegerbundes Ruffhäuser, erklärt zur Volksabstimmung am 19. August folgende Kundgebung:

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, hat der Führer und Reichkanzler Adolf Hitler den Willen ausgesprochen, daß die Betrauung seiner Person und damit die des Reichslandesamtes mit den Funktionen des verewigten Reichspräsidenten, ausdrücklich vom deutschen Volke gutgeheißen wird. Die Reichregierung hat deshalb zum Sonntag, den 19. August, eine Volksabstimmung angeordnet.

Niemand ist berufen, das Erbe unseres großen Marschalls Hindenburg fortzuführen, als Adolf Hitler. Von jedem Mann des Ruffhäuserbundes erwarte ich, daß er dieses Vermächtnis unseres Schirmherrn hochhält, und daß er deshalb gerade in diesen Tagen mit soldatischem Bekenntnis das Vertrauen aller Kreise des Volkes zu unserem Führer Adolf Hitler sichert. Es ist dies die erste große nationale Aufgabe, die jeder Mann des Ruffhäuserbundes im Gedenden an seinen Schirmherrn und Marschall zu erfüllen hat. Sie gilt dem Deutschland der Ehre, der Freiheit und des